
982/A(E) XXVI. GP

Eingebracht am 03.07.2019

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sabine Schatz, Thomas Drozda, Genossinnen und Genossen

betreffend **Streichung der Presseförderung für antisemitische Zeitschrift "Zur Zeit"**

Immer wieder fiel das, 1997 gegründete FPÖ-nahe¹ Magazin „Zur Zeit“ durch antisemitische², antidemokratische³ und rassistische⁴ Artikel auf. Einige Beispiele seien hier genannt:

Ein „Zur Zeit“-Autor hatte 1999 im Magazin Adolf Hitler als „großen Sozialrevolutionär“ beschrieben, der keine Schuld am Zweiten Weltkrieg trage - und musste sich dafür vor Gericht verantworten⁵. 2012 gab es gleich zwei Beschwerden vom Presserat-unter anderem für die mehrmalige Verwendung des „N-Wortes“⁶ in einem Artikel. 2014 bezeichnete das Magazin Proteste gegen den Ball Deutschnationaler als „Kristallnacht“ und verharmloste damit die Novemberpogrome von 1938⁷. Und 2015 untertitelte das Magazin ein Bild über Kindergärten mit: „Die rassistische Durchmischung ist unübersehbar.“⁸ 2018 sagt ein Burschenschafter der Demokratie in einem Artikel den Kampf an und befindet eine „Konterrevolution“ für notwendig⁹. 2019 findet sich in „Zur Zeit“ ein Artikel eines Autors, der 2017 als Aktivist der rechtsextremen Identitären aufgetreten war. Der rechte Schreiberling würdigt das Engagement gegen Antisemitismus herab¹⁰. Ein anderer Beitrag auf der Online-Präsenz des Blattes diffamiert den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde als „Ayatollah“¹¹.

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000089480963/doew-ueber-zur-zeit-ausreisser-ins-faschistische>, abgerufen am 2. Juli 2019

² <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2001/pressefoerderung-fuer-zur-zeit>, abgerufen am 2. Juli 2019

³ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/jaenner-2015/zur-zeit-und-die-freiheitsrechte>, abgerufen am 2. Juli 2019

⁴ <https://www.stopptdierechten.at/2019/06/06/rassismus-in-zur-zeit-rhodesien-zersetzung-und-globalismus/>, abgerufen am 2. Juli 2019

⁵ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juni-1999/gaskammerleugnung-im-fpoe-umfeld>, abgerufen am 2. Juli 2019

⁶ https://www.presserat.at/rte/upload/entscheidungen_2012/entscheidung_2012_s_001_ii_vom_12.06.2012.pdf, abgerufen am 2. Juli 2019

⁷ <https://www.derstandard.at/story/1389859372418/fpoe-verteidigt-kristallnacht-cartoon>, abgerufen am 2. Juli 2019

⁸ https://www.vice.com/de_ch/article/kwy53n/die-fp-zeitung-zur-zeit-bezeichnet-wiener-kindergartenkinder-als-rassisch-durchmisch-479 sowie https://www.presserat.at/rte/upload/entscheidungen_2016/entscheidung_2015_225_30.03.2016.pdf, abgerufen am 2. Juli 2019

⁹ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/august-2018/freiheitlicher-akademiker-gegen-demokratie>, abgerufen am 2. Juli 2019

¹⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190626_OTSo130/sos-mitmensch-bundesheer-inserat-in-zur-zeit-ist-skandal, abgerufen am 2. Juli 2019

¹¹ <https://www.derstandard.at/story/2000105486672/verteidigungsminister-keine-inserate-in-rechtsextremen-medien>, abgerufen am 2. Juli 2019

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Der Rechtsextremismus-Experte Bernhard Weidinger attestiert „Zur Zeit“ sogar, die inhaltlichen Entgleisungen würden regelmäßig in den „Grenzbereich zum Rechtsextremismus“ rutschen und teils „ins Faschistische“¹² gehen.

Zuletzt berichtete etwa der „Der Standard“ darüber, dass „Zur Zeit“ vom ehemaligen FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek Steuergelder über Inserate des Bundesheers erhielt¹³.

Eine andere Finanzierungsquelle ist die Presseförderung. So erhielt das rechtsextreme Blatt in den Jahren 2014 bis 2017 Presseförderung in der Höhe von 179.000 Euro¹⁴, alleine 2017 waren es 46.362 Euro¹⁵. Im Jahr 2018 erhielt die „W 3 Verlagsgesellschaft m.b.H.“ erneut 45.023,20 Euro aus öffentlichen Mitteln.¹⁶

Der Vertrieb eines antisemitischen, antidemokratischen und rassistischen Magazins darf nicht mit Steuergeldern befördert werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zur Reform der Presseförderung vorzulegen, der die Förderung antisemitischer und rassistischer Publikationen mit öffentlichen Mitteln einstellt.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert zu prüfen, ob die Förderungen für „Zur Zeit“ bereits derzeit konkret gestrichen werden können.“

Zuweisungsvorschlag: Verfassungsausschuss

¹² <https://www.derstandard.at/story/2000089480963/doew-ueber-zur-zeit-ausreisser-ins-faschistische>, abgerufen am 2. Juli 2019

¹³ <https://www.derstandard.at/story/2000105486672/verteidigungsminister-keine-inserate-in-rechtsextremen-medien>, abgerufen am 2. Juli 2019

¹⁴ <https://www.derstandard.at/story/2000089480963/doew-ueber-zur-zeit-ausreisser-ins-faschistische>, abgerufen am 2. Juli 2019

¹⁵ https://www.rtr.at/de/ppf/VertPFW2017/Ergebnis_der_Vertriebsfoerderung_fuer_Wochenzeitungen_2017.pdf, abgerufen am 2. Juli 2019

¹⁶

https://www.rtr.at/de/ppf/VorlufigeErgebnisseVertriebWZ2018/Ergebnis_der_Vertriebsfoerderung_fuer_Wochenzeitungen_im_Jahr_2018.pdf, abgerufen am 2. Juli 2019